

## **Kleine Anfrage**

**der Abg. Isabell Huber, Thomas Blenke, Christian Gehring, Ulli Hockenberger, Ansgar Mayr, Dr. Matthias Miller CDU**

### **Fachkräfteentwicklung in der Landesverwaltung**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Beschäftigte arbeiten derzeit im gehobenen Verwaltungsdienst oder als vergleichbare Tarifbeschäftigte (aufgeschlüsselt nach Ressorts und Altersgruppen)?
2. Wie viele Studierende sind derzeit im Studiengang „Gehobener Verwaltungsdienst – Public Management“ eingeschrieben?
3. Wie viele Bewerberinnen und Bewerber gab es im vergangenen Jahr auf diesen Studiengang unter Angabe, wie sich die Bewerberzahlen im Vergleich zu den vergangenen drei Jahren entwickelt haben?
4. Welche Zulassungsvoraussetzungen gelten derzeit für Bewerberinnen und Bewerber dieses Studiengangs unter Angabe, ob und inwiefern diese in den letzten Jahren angepasst wurden?
5. Wie viele Studierende haben das Studium in den vergangenen drei Jahren abgebrochen unter Angabe, in welchem Ausbildungsabschnitt und gegebenenfalls mit welcher Begründung?
6. Inwiefern fand die veränderte Arbeitsweise aufgrund der Digitalisierung sowie der zunehmend stattfindenden digitalen Angebote in der öffentlichen Verwaltung Eingang in die Lehrinhalte?
7. Was unternimmt die Landesregierung, um den gehobenen Verwaltungsdienst attraktiv für junge Menschen zu machen und gibt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber Anlass, diese Unternehmungen zu verstärken?
8. Wie bewertet die Landesregierung die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber zum gehobenen Dienst angesichts zu erwartender Pensionierungswellen bzw. des Arbeitskräftemangels?
9. Wie viele Personen studieren derzeit den Bachelorstudiengang „Gehobener Dienst im digitalen Verwaltungsmanagement“ an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und der Verwaltungshochschule in Ludwigsburg unter Angabe, wie sich die Bewerberzahlen seit dem Start des Studiengangs entwickelt haben?

25.10.2022

Huber, Blenke, Gehring, Hockenberger, Mayr, Dr. Miller CDU

## Begründung

Der Arbeitskräftemangel ist auch im öffentlichen Sektor angekommen. Laut einer aktuellen Studie werden bis 2030 rund 800 000 Stellen im öffentlichen Sektor nicht mehr besetzt werden können, rund 19 Prozent davon in der zentralen Verwaltung. Der Landesverwaltung steht aufgrund der demografischen Entwicklung ein Generationswechsel bevor. Viele Beschäftigte werden innerhalb der nächsten Jahre pensioniert oder gehen in Rente. Um die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes aufrecht erhalten zu können, kommt der Gewinnung von Nachwuchskräften eine große Rolle zu. Mit der vorliegenden Kleinen Anfrage sollen Maßnahmen der Landesregierung erfragt werden, mit denen der öffentliche Dienst zukunftsfähig und als Arbeitgeber attraktiv bleiben soll.